

 POLITISIERUNG DER WISSENSCHAFT

Rollentausch von Aktivisten und Antiakademikern

GASTBEITRAG von Alexander Bogner, Caspar Hirschi 04.09.2025, 06:55 Lesezeit: 15 Min.



Die Politisierung der Wissenschaft läuft anders ab als früher. Um sie aufzuhalten, muss man verstehen, dass aktivistische Bestrebungen innerhalb der Wissenschaft und rechtspopulistischer Druck von außen wie Zahnräder ineinandergreifen.

 Anhören  Merken  Teilen  Verschenken  Drucken

Der Neid ist längst dem Mitleid gewichen. Von Europa aus wirkte Harvard lange wie der akademische Garten Eden, in dem die Früchte der Erkenntnis so üppig heranreiften wie nirgendwo sonst. Nun gleicht die reichste Privatuniversität aus der Ferne einer vom trumpschen Trommelfeuer sturmreif geschossenen Festung. Harvard gilt als neues Menetekel für die Politisierung der Wissenschaft. Nur: Was muss man sich darunter heute eigentlich vorstellen?

Politisierung wird im Zusammenhang mit der Wissenschaft generell als eine Gefahr gesehen, die von außen droht. Üben Regierungen Druck auf die freie Erkenntnissuche aus, treiben sie der Wissenschaft den kritischen Geist aus und fördern Forschungsergebnisse, die nicht dem Stand des Wissens, sondern den Erwartungen der Mächtigen entsprechen. Klassische Beispiele sind die Diktaturen des Nationalsozialismus und Stalinismus. Deren ideologische Vereinnahmung der Wissenschaft hat in westlichen Demokratien einem Gegenideal zum Durchbruch verholfen, das die „Wertfreiheit“ von Forschung und Lehre zu respektieren versprach. Seither dient das Stichwort der „Politisierung“ dem Kampf gegen das Eindringen von herrschenden Ideologien in die Autonomie der Wissenschaft.

Zwischen Bekenntniszwang und Politisierungsverdacht

Diese Sicht scheint sich in Trumps zweiter Amtszeit auf den ersten Blick zu bestätigen. Stellt man jedoch den Antiakademismus der amerikanischen Regierung in Bezug zum wissenschaftlichen Aktivismus für Palästina, zeigt sich ein anderes Bild. Erstens ist der Glaube an eine „wertfreie“ Forschung innerhalb der Wissenschaft so stark geschwunden, dass es kaum mehr als Widerspruch erscheint, wenn ganze Fachrichtungen ihre wissenschaftlichen Studien mit politischen Zielen verbinden. In diesem Fall werden bestimmte Werteprioritäten von allen Mitgliedern geteilt und der fachinternen Kritik entzogen.

Zweitens greifen Rechtspopulisten die engagierten Wertebekenntnisse aus der Wissenschaft frontal an, indem sie ihnen das Ideal einer „wertfreien“ Wissenschaft entgegenhalten. Sie geben vor, die Wissenschaft von „woker“ Ideologie zu befreien, damit sie sich wieder auf ihre (unpolitische) Kernaufgabe konzentrieren könne – und drehen jeder Forschung den Geldhahn ab, die sie der Politisierung verdächtigen.

Eine kurzfristige Forderung

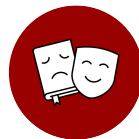
Damit haben sich die klassischen Rechtfertigungstopoi in der Auseinandersetzung um die Politisierung der Wissenschaft im Vergleich zur Weltkriegszeit ins Gegenteil verkehrt: Der wissenschaftliche Aktivismus verteidigt den Einsatz der Wissenschaft für ideologische Zwecke, der antiakademische Populismus behauptet die Zweckfreiheit der Wissenschaft. Das Problem der Politisierung erscheint vor diesem Hintergrund nicht mehr bloß als eine Bedrohung von außen, sondern vielmehr als eine Dialektik, die

durch ein wechselseitiges Hochschaukeln von Selbst- und Fremdpolitisierung vorangetrieben wird. Will man diesen Prozess aufhalten, muss man ihn erst verstehen.

Anfang Juli fand in Rabat das fünfte Weltforum der Soziologie mit mehreren Tausend Teilnehmern aus aller Welt statt. Eingeladen hatte die Internationale Gesellschaft für Soziologie (ISA) als globale Dachorganisation von mehr als vierzig nationalen Fachgesellschaften. Die Gastgeberrolle nahm der marokkanische Soziologenverband ein. Wenige Tage vor der Eröffnung ließ dieser verlauten, die Teilnahme am Forum erfordere „die Achtung der marokkanischen Werte“. Was damit gemeint war, hatte der Verband zuvor mit der BDS-Bewegung in Marokko abgesprochen: Alle müssten den „systematischen Genozid“ an den Palästinensern verurteilen, und niemand aus dem „zionistischen Gebilde“ dürfe anwesend sein.

Ein Ausschluss, der die eigenen Statuten verletzt

Die ISA zollte den „marokkanischen Werten“ Respekt, indem sie der Israelischen Gesellschaft für Soziologie (ISS) postwendend die Mitgliedschaft entzog. Im Begründungsschreiben, das nur wenige Sätze umfasst, erklärte der ISA-Vorstand, die ISS habe sich nicht deutlich genug von der israelischen Politik im Gazakrieg distanziert. Anders die ISA: Im Oktober 2023 hatte sie öffentlich die „schrecklichen Ereignisse in Israel und Palästina“ beklagt, ohne die Hamas als Auslöser für die neuerliche „Gewaltspirale“ im Nahostkonflikt zu benennen. Im Mai 2025 verurteilte sie den „gnadenlosen Angriff“ auf Gaza, der bis dahin zu 52.535 dokumentierten Toten geführt habe, wobei die ISA die wirkliche Opferzahl eher bei 300.000 vermutete.



F.A.Z.-NEWSLETTER KRITIK

MONTAGS BIS FREITAGS UM 19 UHR

Alle Besprechungen aus dem Feuilleton des nächsten Tages – zu Büchern, Ausstellungen, Filmen und Serien, Bühnenproduktionen, Konzerten und Alben.

Abonnieren

 Vorschau

Die Israelische Gesellschaft für Soziologie bedauerte in ihrem

Antwortschreiben den Entscheid der ISA und betonte ihre „tiefe Besorgnis und Bestürzung über das schreckliche Ausmaß der Zerstörung, der Todesfälle und des menschlichen Leids, das die israelische Regierung der Bevölkerung von Gaza zugefügt hat“. Gleichzeitig wies sie darauf hin, dass der Ausschluss den Widerstand israelischer Soziologen gegen die eigene Regierung zu schwächen drohe. Und sie hob hervor, dass die ISA mit dem Ausschluss ihre Statuten verletzte. Diese nämlich bestimmen den einzigen Zweck der Gesellschaft darin, „Soziologen überall zu vertreten, unabhängig von ihrer Denkschule, ihren wissenschaftlichen Ansätzen oder ihrer ideologischen Meinung“, mit dem Ziel, „das soziologische Wissen weltweit zu fördern“.

Die Autorität einer ganzen wissenschaftlichen Disziplin

Würde die ISA nach ihren eigenen Statuten handeln, könnte sie nur dann gegen nationale Fachgesellschaften vorgehen, wenn diese ihre Mitglieder an der freien Verfolgung ihrer Forschungsinteressen hindern würde – indem sie ihnen etwa die Einhaltung nationaler Werte vorschrieben.

Mit seinen politischen Einlassungen scheint der soziologische Weltverband in die Rolle des „kollektiven Intellektuellen“ zu schlüpfen, wie ihn Pierre Bourdieu in den Neunzigerjahren als Verbund von weltweit führenden Fachspezialisten entworfen hat, die durch gemeinsame Forschungsprojekte und Protestaktionen das Elend der Welt bekämpfen. Die ISA als internationales Repräsentationsorgan für das Fach Soziologie würde demnach die Autorität einer ganzen wissenschaftlichen Disziplin in die Waagschale werfen, um das Unrecht an den Palästinensern anzuprangern und dessen Komplizen in Israel abzustrafen.

Aus Freiheit wird Bekenntniszwang

Einer solchen Deutung widerspricht zunächst, dass der fachliche Repräsentationsanspruch der ISA schwach abgestützt ist. Der Ausschluss der ISS erfolgte durch den ISA-Vorstand, war nicht mit den nationalen Mitgliedern abgesprochen und löste unter anderem Protestschreiben der Deutschen (DGS) und Österreichischen Gesellschaft für Soziologie (ÖGS) aus. Letztere trat überdies aus der ISA aus (der Ko-Autor dieses Beitrags Alexander Bogner war als ÖGS-Präsident am Entscheid beteiligt). Noch schwerer fällt ins Gewicht, dass die Legitimation für die Intervention nicht einmal ansatzweise aus geballter Fachkompetenz zu Israel und Palästina

abgeleitet war.

Was der ISA-Vorstand über Gaza sagte, hat die wissenschaftliche Qualität einer Zeitungsschlagzeile. Um sich die Legitimation für die Intervention zu beschaffen, bediente sich die ISA vielmehr eines Hilfskonstrukts, mit dem die Selbstpolitisierung der Wissenschaft eine neue Dimension erreicht. Es ist die Umdeutung der Wissenschaftsfreiheit zum politischen Bekenntniszwang.

Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit der anderen

Plädoyers für die Wissenschaftsfreiheit stehen prominent in allen Stellungnahmen der ISA gegen Israels Gewaltausübung in Gaza. Sie folgt damit dem Beispiel anderer Initiativen an europäischen und amerikanischen Universitäten zur Boykottierung israelischer Forscher. „Academic freedom“ wird dabei für Studierende und Dozierende eingefordert, die „Missbrauch, Verfolgung und Unterdrückung“ erlitten, weil sie „Petitionen und Stellungnahmen“ gegen Israel unterstützten. In der Stellungnahme vom 15. Mai ruft die ISA erst zum „Schutz der Wissenschaftsfreiheit und Redefreiheit für alle Menschen auf“, um anschließend ihre Geltung „besonders für Dozierende und Studierende, die gegen die gewalttätigen Praktiken der israelischen Regierung forschen, lehren und protestieren“, einzufordern.

Soll die Wissenschaftsfreiheit für politisch Gleichgesinnte ein bisschen mehr gelten als für Andersdenkende, verkehrt sie sich ins Gegenteil. Genau das geschieht in der Praxis: Zur Ausübung der Wissenschaftsfreiheit gehört für propalästinensische Aktivisten, israelische Kollegen daran zu hindern, ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse auf internationalen Konferenzen vorzustellen und mit Forschungspartnern in anderen Ländern zu kooperieren. Mit anderen Worten: Derart politisiert, dient das Konzept der Selbstermächtigung zur Verletzung der Wissenschaftsfreiheit anderer.

Ein fundamentaler Unterschied und seine Bedeutung

Vom historischen Ursprung und gesetzlichen Kern der Wissenschaftsfreiheit bleibt bei diesem Verständnis kaum mehr etwas übrig. Die „akademische Freiheit“, wie die Wissenschaftsfreiheit im 19. Jahrhundert auch in Deutschland genannt wurde, gibt dem wissenschaftlichen Personal an Universitäten das Recht, „irgend welche wissenschaftliche Streitfrage wissenschaftlich zu diskutieren“. So hat es Hermann von Helmholtz in seiner berühmten Rektoratsrede an der Berliner Universität 1877 formuliert, und er

führte zur Konkretisierung seiner Aussage gezielt jene Beispiele an, die damals für die größte Empörung sorgten: „In diesem Augenblicke können auf deutschen Universitäten die extremsten Konsequenzen materialistischer Metaphysik, die kühnsten Speculationen auf dem Boden von Darwin's Evolutionstheorie ebenso ungehindert wie die extremste Vergötterung päpstlicher Unfehlbarkeit vorgetragen werden.“

Entscheidend hier ist das Wort „wissenschaftlich“. Die Wissenschaftsfreiheit soll einen möglichst ungehinderten Erkenntnisfortschritt ermöglichen, auch und gerade zu Fragen, die religiöse Gefühle verletzen, ideologische Verblendungen entlarven, politische Machtstrukturen freilegen oder wirtschaftliche Interessen treffen. Sie hat etwas Prometheisches, indem sie die ungerichtete Neugier ohne Rücksicht auf Bestehendes schützt. Damit Staaten eine solche Freiheit gewähren, müssen ihre politischen Eliten der Wissenschaft im Allgemeinen und neuen Erkenntnissen im Besonderen einen hohen Eigenwert beimessen. Einen rationalen Grund dazu haben sie jedoch nur, wenn die Wissenschaft als ein System anerkannt ist, das sich von der Politik fundamental unterscheidet. Ist das nicht mehr der Fall, lässt sich kaum rechtfertigen, warum Universitätsangehörige mehr als nur die Redefreiheit aller anderen Bürger genießen sollen. Wissenschaftlicher Aktivismus setzt diese Unterscheidung aufs Spiel.

Einzigste Option: uneingeschränkte Parteinahme

Im Kontext der akademischen Proteste gegen Israel geht es nicht darum, wissenschaftlich gewonnene Erkenntnisse ohne Rücksicht auf äußere Autoritäten öffentlich zu machen, sondern Wissenschaft autoritativ auf den Dienst für die „richtige Sache“ festzulegen. Der politische Meinungskampf wird ins wissenschaftliche Feld getragen, in der Erwartung, dass man ihn dort einfacher nach den eigenen Wertvorstellungen gestalten kann. Die Wissenschaftsfreiheit soll die Universität in eine geschützte politische Werkstatt verwandeln, in der unliebsame Meinungen und unwillkommene Redner keine Bühne erhalten und aus der heraus die politische Öffentlichkeit im Namen der Wissenschaft umso stärker beeinflusst wird. Vor dem Hintergrund ihrer weitreichenden Politisierung werden von der Wissenschaft nicht mehr Erkenntnisse, sondern Bekenntnisse erwartet, wobei diese möglichst uniform ausfallen müssen, damit sie als „die“ Haltung der Wissenschaft verbreitet werden können.

Wie lässt sich diese Umdeutung der Wissenschaftsfreiheit theoretisch rechtfertigen? Einen Anhaltspunkt gibt ein eben erschienener Aufsatz des

kürzlich verstorbenen britischen Soziologen Michael Burawoy in der „Sociological Review“. Burawoy, der Professor an der Universität Berkeley und langjähriger Präsident der ISA war, setzt mit der Frage ein: „Warum sollten sich Soziologen nicht zu Palästina äußern?“ Seine Antwort fällt kurz aus: Es gibt keinen guten Grund, es nicht zu tun, und nur eine akzeptable Art, es zu tun – als uneingeschränkte Parteinahme für die Palästinenser. Wer sich um eine Stellungnahme drücke und hinter der vermeintlichen Neutralität der Wissenschaft verstecke, beziehe auch Stellung, und zwar „für den Status quo, für Israels asymmetrisches Massaker an den Palästinensern in Gaza und darüber hinaus“.

Wissenschaftlicher Aktivismus und universitäre Autonomie

Um ein öffentliches Wertebekenntnis abzugeben, genüge im Fall Palästinas „eine minimale Kenntnis seiner Geschichte“ und ein konzeptionelles Gerüst zur Orientierung und Bewertung. Burawoy wählt das Konzept des „Siedlerkolonialismus“, und sein Aufsatz verdeutlicht, dass er es „in Zeiten der ‚Postkolonialität‘“ für das einzig Richtige hält, weil es „uns zwingt, unsere eigene Vergangenheit zu überdenken und dem ‚Siedlerkolonialismus‘ als Überrest eines zerfallenden Imperiums neue Bedeutung beizumessen“. Sich als Brite in Berkeley auf die Seite der Palästinenser zu schlagen, läuft folglich darauf hinaus, die Last der eigenen siedlungskolonialistischen Erbsünde auf israelischen Schultern abzuladen.

Der Seitenblick auf den rechtspopulistischen Antiakademismus in den USA genügt Burawoy, um den wissenschaftlichen Aktivismus von jeder Verantwortung für die Politisierung der Wissenschaft zu entlasten: „In den USA, aber auch anderswo“, schreibt er, „ist der Angriff auf propalästinensische Proteste nur die Spitze eines umfassenderen Krieges gegen die Klasse professioneller Experten“. Wenn man schon untergeht, dann besser mit wehenden Fahnen: „Wir können uns hinter dem Anspruch der ‚Neutralität‘ verstecken, aber selbst dann werden wir niedergemäht werden. Wenn wir nicht für die Autonomie der Universität eintreten, werden wir am Ende wohl keinen Ort mehr zum Stehen haben.“ Burawoy bleibt einen Beleg schuldig, inwiefern wissenschaftlicher Aktivismus die universitäre Autonomie stärken könnte und warum er für den Rechtspopulismus nur einen Vorwand darstellt, um das Wissenschaftssystem zu zerstören.

Auf politischen Befehl hin abgeschafft

Vor allem bleibt bei dieser Sichtweise verborgen, dass der rechtspopulistische Antiakademismus direkt auf den wissenschaftlichen Aktivismus zugeschnitten ist. Auch Trump und ein beträchtlicher Teil der „MAGA-World“ verstehen sich als Verteidiger der Redefreiheit und halten minimale Kenntnisse für ausreichend, um ein definitives Urteil zu Palästina und Israel zu fällen. Ebenso kennt ihr Urteil keine Schattierungen, sondern nur Schwarz und Weiß, einfach mit umgekehrter Wertung. Denn als konzeptionelles Gerüst für ihre Bewertung haben sie nicht „Siedlerkolonialismus“, sondern „Antisemitismus“ ausgewählt. Und damit werfen sie, anstatt israelische Forscher von Tagungen auszuschließen, propalästinensische Aktivisten ins Gefängnis.

Die rechtspopulistische Rechtfertigung für die politische Intervention ins Wissenschaftssystem unterscheidet sich zugleich markant von den totalitären Diktaturen der Weltkriegszeit. Unter Hitler und Stalin wurden Gegenmodelle zur bestehenden Wissenschaft entworfen, die in den totalitären Ideologien der jeweiligen Diktaturen verankert waren. In Deutschland propagierte man die „Arische Physik“, in der Sowjetunion verordnete man als Gegengift zur „bourgeois“ Genetik die veraltete Evolutionslehre Lamarcks im neuen Gewand des «Lyssenkoismus». Empirisch bestätigte Forschungsleistungen wie die Relativitätstheorie oder die moderne Evolutionsbiologie wurden offiziell geächtet.

Es fehlt die Innensicht ins Wissenschaftssystem

Dem Trumpismus geht jeglicher Ehrgeiz in diese Richtung ab. Er belässt es beim Versprechen an die eigene Basis, die Universitäten vom „linksradikalen“ Aktivismus zu säubern, und klemmt mit diesem Argument Forschung ab, die ihm politisch verdächtig klingt. Damit richtet er den Vorwurf der Ideologisierung an die Wissenschaft selbst und inszeniert sich als Verteidiger der „objektiven“ Forschung. Mit dieser Rechtfertigungslogik radikalisiert er eine Haltung, die in der republikanischen Partei eine lange Tradition hat: Um missliebige Klimapolitik zu verhindern und die Kontroverse in die Länge zu ziehen, war es üblich, die Klimaforschung mangelnder Objektivität und Präzision zu bezichtigen. So forderte der Republikaner John Doolittle schon 1995 bei einer Expertenanhörung im Repräsentantenhaus angesichts der mit jeder Klimamodellierung verbundenen Ungewissheiten: „Theorien oder Spekulationen genügen nicht. Wir brauchen Wissenschaft, nicht Pseudowissenschaft.“

Demonstranten gegen die von Trump veranlassten Kürzungen für Harvard im Juli vor einem Gericht in Boston *Picture Alliance*

Aus dem Verdacht, dass die Wissenschaft im Dienst einer progressiven Ideologie stehe, gewinnt der Populismus eine unerschöpfliche Skandalisierungsenergie. Die Wissenschaft erscheint als eine Welt, in der nicht Leistung, sondern Herkunft zähle, Privilegierte als Diskriminierte gälten, Täter zu Opfern erklärt würden, die Wissenschaftsfreiheit Sprechdiktaten weiche, die individuelle Freiheit klimapolitischen Zwängen Platz mache, das Recht auf Verteidigung von der Pflicht zur Vorverurteilung abgelöst werde und die biologische Geschlechterordnung durch ein ideologisches Geschlechterchaos ersetzt werde. Wie stark dieses Bild an der Realität vorbeigeht, spielt politisch keine Rolle, weil kaum jemand aus der rechtspopulistischen Basis, anders als ihre politischen Anführer, eine Innensicht ins Wissenschaftssystem hat.

Fremd- und Selbstpolitisierung greifen ineinander

Wissenschaftlicher Aktivismus ist die denkbar schwächste Waffe im Abwehrkampf gegen populistische Angriffe auf die Autonomie der Universitäten. Zum einen haben die Aktivisten ein instrumentelles Verhältnis zur wissenschaftlichen Autonomie; sie berufen sich auf diesen Wert, um ihre politischen Interventionen als interessefreien Dienst an der Gesellschaft aus Wahrheits- und Gerechtigkeitsliebe auszuweisen. Einfluss können sie allerdings nur dann ausüben, wenn es ihnen gelingt, die

Patronage von Machträgern zu erhalten, die ihre Werteprioritäten teilen, ihre Expertise nutzen und ihre Forschung im Gegenzug als förderungswürdig ausweisen. Forschung, die sich politischer Nutzbarkeit entzieht, gerät damit tendenziell unter Rechtfertigungsdruck.

Zum zweiten teilt der Aktivismus wesentliche Grundannahmen mit seinem populistischen Gegenspieler und spielt ihm dadurch in die Karten. Auch Aktivisten sind davon überzeugt, dass die heutige Wissenschaft ein grundlegend wertgetriebenes Unternehmen ist, das politischer Eingriffe und Entscheidungen bedarf, damit es rund läuft. Nur die Strategien unterscheiden sich: Während die eine Seite antiideologische Reinigung betreibt, um lästige Kritik abzuschütteln, pocht die andere Seite auf ideologische Klarheit, um ihre Stimme im Kampf um Hegemonie zu stärken. Akademische Freiheit bedeutet für beide Seiten folglich dasselbe, nämlich die Pflicht, das politische Richtige zu sagen. Fremd- und Selbstpolitisierung der Wissenschaft greifen wie Zahnräder ineinander.

Einheitspositionen kann es nicht geben

Die aktuelle Konfrontation zwischen wissenschaftlichem Aktivismus und rechtspopulistischem Antiakademismus kommt damit einer Wiederaufführung des sogenannten Werturteilsstreits als vollendeter Farce gleich. Diese Auseinandersetzung um das Verhältnis von wissenschaftlichem Wissen und gesellschaftlichen Werten wurde in Deutschland schon vor dem Ersten Weltkrieg und in Amerika bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg geführt. Heute werden die damals vertretenen Positionen ins Karikaturhafte gesteigert und mit sorglosen Selbstwidersprüchen angewendet.

Wäre Trump an „wertfreier“ Forschung gelegen, könnte er nicht die Leiterin des Büros für Arbeitsmarktstatistik wegen „liberal bias“ entlassen, sobald die Beschäftigungsdaten, deren Erhebungsmethode jede Manipulation durch die Behördenleitung ausschließt, nicht seinen Erwartungen entsprechen. Und würden wissenschaftliche Aktivisten ihre Behauptung, Forschung sei genauso wertgetrieben wie jede andere Tätigkeit, ernst nehmen, könnten sie andere Forschende nicht wegen des Verdachts auf abweichende Werteprioritäten in ihrer Wissenschaftsfreiheit einschränken. Vielmehr müssten sie anerkennen, dass auch und gerade zum Nahostkonflikt eine politische Einheitsposition innerhalb einer Fachgemeinschaft ausgeschlossen ist – es sei denn, man verabsolutiert ein bestimmtes theoretisches Konzept zur einzig legitimen Grundlage aller Analyse.

Das hätte sich Latour nicht träumen lassen

Leute wie Burawoy verdrängen die Vielfalt an legitimen Sichtweisen auf den Nahostkonflikt, wenn sie als einzige Alternative zur bedingungslosen Solidarisierung mit Palästina den feigen Rückzug in die vermeintliche Neutralität der Wissenschaft anführen. Wer sich an der Universität der Schwarz-Weiß-Logik des Aktivismus entzieht, verhält sich noch längst nicht neutral, und wer zum Nahostkonflikt schweigt, betreibt noch längst nicht die Sache Netanjahus. Beides kann zum Beispiel auch vom legitimen Anliegen geleitet sein, den allgegenwärtigen Einladungen zur (Selbst-)Politisierung der Wissenschaft zu widerstehen.

Im Jahr 1984, als über dem westlichen Wissenschaftssystem die Sonne der staatlichen Schutzgarantien nie unterzugehen schien, schrieb Bruno Latour den obskuren Satz: „Wissenschaft ist Politik mit anderen Mitteln.“ Seither diskutiert die Wissenschaftsforschung darüber, was Latour gemeint haben könnte. Gewiss ist nur, dass er eine Provokation landen wollte, die vor allem an die Adresse der Natur- und Biowissenschaften gerichtet war (und dort auch ankam), und dass es ihm fernlag, diese zu ermuntern, im Namen ihrer Fachdisziplinen politische Stellungnahmen zum Weltgeschehen abzugeben. Schon gar nicht beabsichtigte er, Regierungen einen Freibrief zur grenzenlosen Manipulation des Wissenschaftsbetriebs auszuhändigen. Latour gehörte zu einer Forschergeneration, welche die moderne Wissenschaft als eine mächtige Maschine wahrnahm, deren Ausstoß an Erfindungen und Erkenntnissen die Welt und unser Weltbild laufend veränderte und damit auch die Politik umgestaltete, auch wenn das gar nicht die Absicht war. Dass sich sein Satz heute auf die krudestmögliche Art zu bewahrheiten droht, hätte sich Latour wohl nicht träumen lassen.

Infragestellung der eigenen Werteprioritäten

Wie aber lässt sich wirkungsvoll einer ideologischen Überhitzung begegnen, die sich der forcierten Entgrenzung von Wissenschaft und Politik verdankt? Zunächst sollte man nicht hinter eine Einsicht zurückfallen, die schon Kontrahenten wie Max Weber und Gustav Schmoller im ersten Welturteilstreit geteilt haben: Wissenschaft ist immer von subjektiven Werteprioritäten geprägt, von der Wahl der Forschungsfrage bis zur Präsentation der Erkenntnisse; „Wertfreiheit“ kann höchstens ein unerreichbares Ideal, nicht aber ein realistisches Ziel darstellen. Für die Autonomie der Wissenschaft ist darum entscheidend, dass Forschende der

politischen Dimension ihres eigenen Tuns mit dem gleichen „organisierten Skeptizismus“ begegnen, den sie allen Erkenntnisansprüchen üblicherweise entgegenbringen. Zwangsläufig normative Entscheidungen im Forschungsprozess müssen als solche ausgewiesen und zur Diskussion gestellt werden; individuelle Idiosynkrasien gilt es durch kollektive Kritik so gut es geht auszugleichen.

MEHR ZUM THEMA

STREIT UM FORSCHUNGSMITTEL

Harvard gewinnt gegen Trump



POLITISCHER RICHTUNGSSTREIT

Wird die Geschichtswissenschaft jetzt konservativ?



US-UNIVERSITÄTEN

Der Kampf um die Freiheit der Wissenschaft

Nur eine selbstkritische Infragestellung der eigenen Werteprioritäten macht es möglich, dass Wissenschaftsfreiheit wieder so gelebt wird, wie sie Hermann von Helmholtz im 19. Jahrhundert beschrieben hat: als Lizenz, mit originellen Fragestellungen und raffinierten Methoden Dinge zu erforschen, die in allen politischen Lagern für Empörung sorgen können. Die Universität ließe sich nicht mehr so leicht als Ort der politischen Indoktrination diffamieren, sondern würde wieder vermehrt als Stätte der freien Forschung und Lehre gewürdigt. Zweitens könnte an Universitäten eine Kultur der normativen Selbstbescheidung Einzug halten, die den Hang zur politischen Selbstermächtigung im Namen der Wissenschaft schwächt. Anstatt im Namen der eigenen Fachdisziplin politische Forderungen aufzustellen, würden Forschende ihr Fachwissen für die Analyse von Problemen und die Entwicklung von Handlungsoptionen anbieten. Die Rolle des Aktivisten, der seinen Zahlen einen politischen Sachzwang unterstellt, könnte jener des „ehrlichen Maklers“ weichen, der sinnvolle Alternativen vorschlägt. Die Wissenschaft würde dabei nicht ihren kritischen Stachel verlieren, ginge es doch darum, eingeschliffene Hintergrundannahmen zu irritieren, nicht aber eine bestimmte Position durchzusetzen.

Gelingt ein solcher Kulturwandel, heißt das noch längst nicht, dass sich Universitätsangehörige nicht mehr in die Politik einbringen können. Sie müssen dabei bloß die Konsequenz aus Burawoys Binsenweisheit ziehen, dass sich Menschen in der Wissenschaft nicht von anderen Menschen unterscheiden. Konkret heißt das: Wer politisieren will, tut dies als Bürgerin

oder Bürger und lässt den Hut der Wissenschaft an der Universität hängen. Man kann Parteien beitreten, sich in Parlamente wählen lassen und an Demonstrationen (außerhalb des Campus!) teilnehmen, aber man macht es aus persönlicher Überzeugung und nicht im Namen der Wissenschaft. Wer sich dafür entscheidet, verdient höchste Anerkennung: Man schützt damit nicht nur die Autonomie der Wissenschaft, sondern stärkt die Stabilität der Demokratie.

Alexander Bogner ist Soziologe an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie.

Caspar Hirschi ist Historiker an der Universität St. Gallen und Vorstandsmitglied der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften.

Quelle: F.A.Z. [Artikelrechte erwerben](#)



[Zur Startseite](#)

Frankfurter Allgemeine

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2025
Alle Rechte vorbehalten.